

Im Fadenkreuz der Kritik

Nicolas Sarkozy und die deutsche Presse

Sébastien Vannier*

» Die Rede von Nicolas Sarkozy am 21. Oktober vor dem Europäischen Parlament in Straßburg blieb in der deutschen Presse nicht ohne Echo. Mit seinem Vorschlag, der Europäischen Zentralbank eine „wahre Wirtschaftsregierung“ an die Seite zu stellen, machte sich der französische Staatspräsident zwar nicht nur Freunde in der deutschen Regierung, fachte aber eine breite Diskussion in der deutschen Presse an.

„Sarkozy verärgert die Bundesregierung“ (*Der Spiegel*); „Nicolas Sarkozy versetzt Europa in Unruhe“ (*Frankfurter Rundschau*); mit seiner Forderung, europäische Schlüsselindustrien mit Hilfe von Staatsfonds vor dem Ausverkauf durch ausländische Firmen zu schützen, bricht „der umtriebige Franzose lustvoll Tabus“, meinte das *Handelsblatt*. Und die Wirtschaftszeitung fügte hinzu, er scheine dabei jemanden anzusprechen, der an diesem Tag gar nicht im Plenarsaal des EU-Parlamentes saß. Bundeskanzlerin Angela Merkel verhehlt in der Tat nicht ihre Abneigung gegen die Idee von Staatsfonds oder einer europäischen Wirtschaftsregierung. Sarkozys Rede hat auf jeden Fall ins Schwarze getroffen: In Deutschland riefen seine Vorschläge unverzüglich Reaktionen von Politik und Presse hervor.

Zur Sache äußerte sich als erster Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) und antwortete in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* klar und deutlich, „der französische Vorschlag, europäische Industrien durch staatliche Beteiligungen vor der Übernahme durch ausländische Staatsfonds zu schützen, widerspricht allen erfolgreichen Grundsätzen unserer Wirtschaftspolitik“. Regierungssprecher Ulrich Wilhelm teilte mit, außerhalb der Bereiche öffentliche Sicherheit und Ordnung, die durch die Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes noch besser geschützt werden, seien weitergehende Schutz-

maßnahmen in Deutschland nicht erforderlich. Aktionen zum Schutz vor ausländischen Übernahmen müssten mit den Regeln des Binnenmarktes vereinbar sein.

Aus den Reihen der CDU/CSU kamen in den Tagen nach der Rede des Staatspräsidenten immer mehr negative Reaktionen. So führte Norbert Röttgen, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* aus, Europas Antwort könne nur lauten: „Europa ist ein Wirtschaftsraum, der entschieden gegen Protektionismus ist.“ Für eine internationale soziale Marktwirtschaft mit Wettbewerb, freiem Handel und klaren Ordnungsregeln müssten „Frankreich und Deutschland an einem Strang ziehen“. Die Finanzmarktkrise bedeute für Frankreich und Deutschland die Verpflichtung, „ihre traditionellen Differenzen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu überwinden und nicht tagtäglich neu zu kultivieren“.

Sein Parteikollege Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, steuerte sogar ein Bonmot der Frankreichklischees bei und meinte: „Sarkozy füllt schlechten französischen Wein in neue Schläuche, der durch das Umfüllen nicht besser geworden ist.“ Auch die deutsche Presse ließ sich nicht von Sarkozys Forderung täuschen, die das Wochenmagazin *Focus* als „spektakulären Vorschlag“ bezeichnete. So zeigte sich *Der*

* Sébastien Vannier ist Berliner Korrespondent der Website www.lepetitjournal.com, der Online-Zeitung für die Auslandsfranzosen. Übersetzung: Barbara Reuter.

Spiegel wenig überrascht: „Erst im vergangenen Jahr provozierte Sarkozy die EU mit seiner Forderung nach einer konsequenteren Abwehrstrategie gegen Investoren von außerhalb.“ Folglich erschien das Schlagwort „*Protektionismus à la française*“ immer wieder in der deutschen Presse.

Ist Sarkozy ein Sozialist?

Mag Nicolas Sarkozy auch keine Unterstützung durch die Bundeskanzlerin und die CDU/CSU finden, so könnte er angesichts der Reaktionen aus der SPD doch erfreut sein, wieder einmal mit den Differenzen zwischen Links und Rechts im Nachbarland zu spielen. Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Martin Schulz, der auch im Präsidium der SPD sitzt, sagte zum Beispiel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, an Sarkozys Vorschlag sei „nichts auszusetzen“. Aber er fügte ironisch hinzu, es sei „erstaunlich, dass ein Konservativer wie Sarkozy nun Stamokap-Theorie der Jungsozialisten aus den 1970er Jahren“ durchsetze. Wenn aber „für Banken ein staatlicher Schutzschirm gespannt wird, sollte das auch für andere Unternehmen möglich sein“.

Eine weitere paradoxe Unterstützung kam vom ehemaligen Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer: „Europa braucht eine Wirtschaftsregierung, die einzelnen Nationalstaaten sind für die Größe dieser Krise schlicht und einfach zu klein“, mahnte er im *Spiegel*. Die *Financial Times Deutschland* zählte unter dem Titel „Sarkozy – encore une fois!“ sogar die Unterstützungsbekundungen auf, die dem französischen Präsidenten in Europa zuteil wurden, und stellte die Frage „Sarkozy forever?“.

So paradox wie die Verteilung der Reaktionen auf seine Rede ist, verwundert es nicht, dass auch Sarkozys Stil, den die *Frankfurter Rundschau* „unberechenbar“ nannte, noch immer nicht gut ankommt. Der *Spiegel* zögerte nicht, einen dreiseitigen Artikel mit dem unzweideutigen Titel „Großes Ego, kleines Ego“ zu drucken; darin wird jener deutliche Unterschied zwischen den politischen Temperamenten des französischen Präsidenten und der Bundeskanzlerin analysiert: „Der Improvisationsartist und die Hinhaltékünstlerin.“ Das Problem, so glaube man im Kanzleramt, sei, „dass

ihm nicht zu trauen ist. Wenn er von europäischer Wirtschaftsregierung spricht, übersetzen seine Zuhörer in Berlin das als Wirtschaftsregierung unter französischer Führung“. Die Deutschen, erinnerte das Nachrichtenmagazin, hätten noch schmerzliche Erinnerungen an die Auseinandersetzungen um EADS und Rhône-Poulenc-Hoechst. Der Artikel des *Spiegel* ging noch weiter und analysierte das französische System, in dem „der Etatismus seit je stark (ist), egal welcher Partei der Mann im Elysée-Palast angehört. Anders als in Deutschland, wo ein Wechsel zwischen Politik und Unternehmenswelt eher die Ausnahme ist, hat es in Frankreich immer einen regen Austausch zwischen den Eliten gegeben“.

Günther Nonnenmacher von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* analysierte Sarkozys Vorschläge ebenfalls im Lichte der unterschiedlichen Stile der beiden Politiker: „Sarkozy ist ein vorzüglicher Feuerwehrmann, als Architekt ist er dagegen noch nicht hervorgetreten. Die Leichtfüßigkeit dieses politischen Stils steht in einem Kontrast zur politischen Kultur in Deutschland. Kein Wunder; dass es deshalb seit Sarkozys Regierungsantritt zu Reibereien und Spannungen zwischen Berlin und Paris gekommen ist. Die Franzosen empfinden das deutsche Verhalten als unbeweglich und stur; die deutsche Politik, deren Mantra das Wort ‚Berechenbarkeit‘ ist, wird nicht recht damit fertig, dass Sarkozy (wie auch sein Außenminister Kouchner) dauernd neue Ideen gebiert, von denen nicht klar ist, wie ernst sie gemeint sind.“

Doch trotz der Skepsis ihrer Regierung schienen die Deutschen die Vorschläge des französischen Präsidenten gar nicht so schlecht zu finden. So veröffentlichte der *Stern* eine Woche nach Sarkozys Rede eine Umfrage zur Beteiligung des Staates an bestimmten Industriebranchen. Danach befürworteten 77 % der Deutschen, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, ein Eingreifen des Staates in der Energiewirtschaft, diese Zahl erreichte bei den Anhängern der Liberalen sogar 70 %, bei denen der Unionsparteien 73 %. 64 % wünschten dies für die Banken und Versicherungen sowie 60 % für Verkehr und Post. So hat Nicolas Sarkozy zwar nicht die deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene in ruhigeres Fahrwasser geführt, aber wieder einmal eine Debatte im Nachbarland angestoßen.